

Chancengleichheit herstellen, Bildungsbeteiligung erhöhen durch Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe

1. Vorbemerkung.....	2
2. Aufgaben und Ziele der gymnasialen Oberstufe – GEW-Positionen	2
3. Kritik der GEW an der derzeitigen gymnasialen Oberstufe.....	3
4. Kritik an den allgemeine Restaurationstendenzen.....	3
<i>Rekanonisierung.....</i>	<i>3</i>
<i>Schulzeitverkürzung.....</i>	<i>4</i>
<i>Abiturprüfung.....</i>	<i>4</i>
5. Entwicklungsaufgabe: zukunftsfähige Strukturen und Inhalte.....	5
<i>Fächerübergreifender Unterricht, eigenständiges Konzept für Grundkurse</i>	<i>5</i>
<i>Oberstufen spezifische Lehr- und Lernformen</i>	<i>5</i>
<i>Orientierung auf Berufs- und Arbeitswelt</i>	<i>5</i>
<i>Neue Formen von Leistungsnachweisen</i>	<i>6</i>
<i>Konzepte für kleine Oberstufen entwickeln.....</i>	<i>6</i>
6. Entwicklungsaufgabe: höchst möglicher Bildungsabschluss für alle	6
<i>Individualisierung und differenzierte Förderung.....</i>	<i>7</i>
<i>Zugang zur gymnasialen Oberstufe erweitern</i>	<i>7</i>
<i>Erweiterung der Wege zur Hochschulreife</i>	<i>8</i>
7. Entwicklungsaufgabe: Verhältnis von beruflicher und allgemeiner Bildung klären	8
8. Erwartungen an Lehrende	9
<i>Heterogenität zur Kenntnis nehmen.....</i>	<i>9</i>
<i>Erweitertes Methodenrepertoire und Beratungsaufgaben.....</i>	<i>9</i>
<i>Bereitschaft zu interdisziplinärem Arbeiten</i>	<i>9</i>
9. Rahmenbedingungen.....	9
<i>System der Diagnose und Förderung einrichten.....</i>	<i>9</i>
<i>Laufbahnberatung</i>	<i>9</i>
<i>Umgestaltung der Aus- und Fortbildung.....</i>	<i>10</i>
<i>Bildungsausgaben erhöhen</i>	<i>10</i>

Chancengleichheit herstellen, Bildungsbeteiligung erhöhen durch Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe - Positionspapier -

1. Vorbemerkung

Die gymnasiale Oberstufe führt in drei Jahren zum Abitur, der allgemeinen Hochschulreife als Abschlussqualifikation und zur Hochschulzugangsberechtigung für alle Studiengänge.

Sie ist durch eigene Organisationsprinzipien und eine Trias von Zielsetzungen charakterisiert: Vertiefte Allgemeinbildung, die auch die Fähigkeit zur Berufs- und Studienwahl einschließt, Wissenschaftspropädeutik und Sicherung von Studierfähigkeit.

Die Gymnasiale Oberstufe ist neben dem Gymnasium auch an anderen Schularten eingerichtet worden, dazu zählen die Gesamtschule und das Berufliche Gymnasium/Fachgymnasium.

Die Berechtigung zum Besuch der Gymnasialen Oberstufe wird bei Erfüllung bestimmter Leistungsanforderungen in der Regel am Ende der 10. Jahrgangsstufe des Gymnasiums oder der Gesamtschule erworben. Eine Zugangsberechtigung für den Übergang in die Gymnasiale Oberstufe können auch ein Mittlerer Schulabschluss mit einem bestimmten Leistungsprofil oder Abschlüsse im beruflichen Schulwesen im Sekundarbereich II verleihen.

Die derzeitigen Veränderungsprozesse, die alle Bundesländer erfasst haben, bedrohen die gymnasiale Oberstufe in ihren Grundzügen. Das vorliegende Papier hat die Aufgabe, diese zu analysieren und Handlungsorientierung zu geben. Es schließt an vorhandene Beschlüsse der GEW an.

2. Aufgaben und Ziele der gymnasialen Oberstufe – GEW-Positionen

Der Beschluss des Hauptvorstandes der GEW vom September 1995 fordert, dass sich die Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe an den Prinzipien der 72-er Reform (vgl. Anhang) orientieren soll.

Als zentrales Ziel ist formuliert: „Die gymnasiale Oberstufe soll jungen Erwachsenen erlauben, eigenverantwortlich all die Kompetenzen und Qualifikationen auszubilden, die zur Absolvierung eines Studiums oder einer beruflichen Ausbildung erforderlich sind sowie zu einem selbstbestimmten Leben in sozialer Verantwortung befähigen.“

Folgende Eckpunkte sollen dabei berücksichtigt werden:

- Kompetenzen (Selbstkompetenz, Sozialkompetenz, Wissenschaftskompetenz, Handlungskompetenz) statt Kanonwissen,
- Schwerpunktbildung ermöglichen
- Fächerübergreifendes Lernen entwickeln.

In ihren **Schulpolitischen Positionen** hat die GEW beschlossen: „Die GEW verfolgt das Ziel des gemeinsamen Lernens in der *Einen Schule für alle*, die auf der Grundlage eines gemeinsamen Bildungsbegriffs zu einem in allen Bundesländern gleichwertigen Bildungsabschluss nach Klasse 10 führt. Die anschließende Oberstufe integriert allgemeine und berufliche Bildung. Die Schulabschlüsse am Ende der Oberstufe sind anschlussfähig, vergleichbar und bundesweit anerkannt.“

3. Kritik der GEW an der derzeitigen gymnasialen Oberstufe

Ein schwerwiegender Mangel **aus Sicht der GEW** ist, dass die Reform nicht konsequent zu Ende geführt wurde. Dies zeigt sich insbesondere darin,

- dass für die Grundkurse nach wie vor eine eigenständige Konzeption fehlt,
- die Entwicklung Erwachsener gerechter Lehr- und Lernmethoden nur in Ansätzen Eingang in die gymnasiale Oberstufe gefunden haben und
- die Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung nicht realisiert wurde.

Statt die Defizite durch eine konsequente Weiterentwicklung zu beheben, wurde die gymnasiale Oberstufe durch eine zunehmende Beschränkung der Wahlfreiheit immer mehr verwässert.

Konservative Bildungspolitiker/innen, Hochschulen und ausbildende Betriebe üben seit jeher, verschärft aber seit Beginn der neunziger Jahre und seit der Veröffentlichung der PISA-Studie an der Qualität der gymnasialen Oberstufe als Gelenkstelle zwischen allgemeinbildendem Schulwesen und den Hochschulen bzw. den Ausbildungsträgern Kritik.

Die Kernpunkte dieser Kritik sind:

- übermäßige Spezialisierung zu Lasten der Allgemeinbildung und Studierfähigkeit durch die Möglichkeit der Schwerpunktsetzung in Leistungskursen und weitere Wahlmöglichkeiten,
- die Heterogenität der in individualisierten Bildungsgängen vermittelten Kenntnisse,
- unzureichende instrumentelle Kompetenzen,
- mangelnde Befähigung zu selbstreguliertem Lernen,
- unzureichend ausgebildete Schlüsselqualifikationen wie Team- und Kommunikationsfähigkeit, Verantwortungsbereitschaft und Entscheidungsfähigkeit,
- ungenügende Vorbereitung der Abiturientinnen und Abiturienten auf die Berufs- und Arbeitswelt.

Bis jetzt wurde kein schlüssiges Alternativkonzept zur bestehenden gymnasialen Oberstufe vorgelegt. Die Antwort auf eine in Teilen berechtigte Kritik kann deshalb nur in der Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe und nicht im Rückgriff auf das Modell der 60-er Jahre bestehen, das - als Elitemodell auf der Basis sozialer Auslese konzipiert - gescheitert ist.

4. Kritik an den allgemeine Restaurationstendenzen

Mit den Husumer Beschlüssen und der Vereinbarung vom 16. 06. 2000 hat die KMK die gymnasiale Oberstufe in ihren Grundzügen bestätigt. Durch die explizite Stärkung der traditionellen Hauptfächer Deutsch, Mathematik, Fremdsprache und den weitgehenden Verzicht auf ihren Regelungsauftrag leistete sie allerdings Tendenzen Vorschub, die eine Restauration der traditionellen Oberstufe der 60-er Jahre einschließlich einer verstärkten Selektion zum Ziel haben.

Restaurationstendenzen sind in allen Bundesländern zu beobachten:

Rekanonisierung

Um die Studierfähigkeit zu stärken wird zur Abkehr von „übertriebener Spezialisierung“ und Rückkehr zum „bewährten Kanon“ aufgerufen. Baden-Württemberg liefert dafür das Muster: sieben für alle Schülerinnen und Schüler verbindliche traditionelle gymnasiale Fächer, Einbettung der Differenz von Grund- und Leistungskursen, starke Reduktion der Wahlmöglichkeiten und wenige „moderne“ Elemente wie die Möglichkeit, einen nicht an den schulischen Kanon gebundenen Seminarkurs zu belegen.

Mit diesen Maßnahmen wird das Prinzip der Gleichwertigkeit der Fächer sowie das dialektisch zu sehende Nebeneinander von individueller Schwerpunktsetzung und „vertiefter Allgemeinbildung“ aufgegeben. Damit einher geht die Entwertung insbesondere des ästhetisch-künstlerischen und persönlichkeitsbildenden Bereichs zugunsten eines scheinbar unmittelbar

verwertbaren Wissens. Sie stehen im Widerspruch zu Konzepten, die den Erwerb von interdisziplinären Kompetenzen und Schlüsselqualifikationen zum Ziel haben.

Zusätzlich wird die Abkehr vom Kurssystem durch den zunehmenden ökonomischen Druck auf das Bildungssystem verstärkt. Die gymnasiale Oberstufe wird als im internationalen Vergleich zu teuer kritisiert. Die zu weit getriebene Differenzierung des Kurssystems führe zu unvermeidbar kleinen und damit zu teuren Kursen. Damit wird die Rückkehr zu Jahrgangsklassen, zumindest aber zu konstanten Lerngruppen mit einem hohen Umfang obligatorisch zu belegender Kurse gerechtfertigt.

Schulzeitverkürzung

Die generelle Verkürzung der gymnasialen Schulzeit, wie sie in vielen Bundesländern bereits vorgenommen wurde bzw. geplant ist, wird in der Regel durch die Streichung einer Klassenstufe in der Sek. I erreicht. Die Dauer der gymnasialen Oberstufe wird dadurch nicht verkürzt. Mit der Kürzung geht eine Verdichtung des Unterrichts unter Ausweitung der wöchentlich erteilten Unterrichtsstunden in der Sek. I einher. Dies geht zu Lasten eines zeitlichen Spielraums für Fördermaßnahmen, die der Vorbereitung auf die gymnasiale Oberstufe dienen.

Direkt tangiert wird die gymnasiale Oberstufe in den Bundesländern, in denen die Jahrgangsstufe 11 in den Verkürzungszeitraum einbezogen ist wie z.B. beim sogenannten Mainzer Modell. Die dann zwangsläufige Verdichtung des Pensums schränkt die Zeit für die Entwicklung individueller Interessen und Projekte noch weiter ein.

Die Verkürzung bzw. Aufhebung der Orientierungsphase erschwert zudem den Quereinstieg aus anderen Schulen, eliminiert den Raum, in dem jetzt noch Auslandsaufenthalte und längere Praktika stattfinden können oder aber Förder- und Ausgleichskurse bei Schwächen der Vorbildung ihren Platz finden könnten. Erfahrungen zeigen, dass hohe Wiederholerraten bei Zugängen aus anderen Schularten an der Tagesordnung sind.

Einige Länder ziehen die generelle Streichung der Klasse 11 als Maßnahme zur Verkürzung der Schulzeit in Betracht. Damit stellen sie die bestehende Vereinbarung der KMK zur gymnasialen Oberstufe grundsätzlich in Frage und zielen auf die Abschaffung einer eigenständigen gymnasialen Oberstufe.

Abiturprüfung

Es gibt keine Untersuchungen über die Leistungsfähigkeit verschiedener Organisationsformen von Abiturprüfungen. Auch aus den vorliegenden empirischen Vergleichstests ist nicht abzuleiten, dass zentrale Abschlussprüfungen der dezentralen Form überlegen sind. Trotzdem werden mit Hinweis auf die Notwendigkeit der Einhaltung von Standards und von mehr Vergleichbarkeit inzwischen in fast allen Bundesländern zentrale Abschlussprüfungen geplant bzw. eingeführt.

Angesichts der hohen Belastung durch die Erstellung der Abituraufgaben im dezentralen Abitur identifizieren sich viele Lehrkräfte mit dem Zentralabitur. Die Verantwortung für die Aufgabenstellung liegt bei einer höheren Instanz. Dadurch fällt auch der Druck weg, sich hinsichtlich des Unterrichts und des Anforderungsniveaus der Klausuren rechtfertigen zu müssen.

Wenn aber die Einheit von Unterricht und Prüfung aufgehoben wird, so hat das erhebliche Konsequenzen für die verschiedenen Dimensionen des Lernens und Lehrens. Eine davon ist die Umschichtung von Ressourcen hin zu den zentralen Prüfungskommissionen und/oder Testinstituten. Umgekehrt führt das zur Entwertung der Arbeit der Unterrichtenden, wenn sie ihre Prüfungskompetenz verlieren.

Die GEW ist der Ansicht, dass der Erwerb von kognitiven, personalen, sozialen und emotionalen Fähigkeiten, wie sie in der KMK-Vereinbarung zur gymnasialen Oberstufe von 1972 als Grundlage für Studier- und Berufsfähigkeit genannt sind, eines Lernumfeldes bedarf, das nicht beherrscht wird von Stofffülle und Prüfungsdruck. Standards auf der Basis von Inhaltskatalogen sind mit dem Ziel der Entwicklung von Kompetenzen nicht vereinbar.

Die Form der Abiturprüfung ist daran zu messen, ob sie in der gymnasialen Oberstufe Raum lässt für den Erwerb der geforderten nicht schriftlich abprüfbareren Kompetenzen und wie weit sie in der Lage ist, die genannten Fähigkeiten zu überprüfen.

5. Entwicklungsaufgabe: zukunftsfähige Strukturen und Inhalte

Da es zur Zeit nicht realistisch ist, auf die Realisierung einer einheitlichen Oberstufe zu hoffen, ist es notwendig, die gymnasiale Oberstufe auf der Basis der Reform von 1972 weiterzuentwickeln, um sie an sich verändernde gesellschaftliche Bedingungen anzupassen und um mehr Chancengleichheit zu gewährleisten.

Fächerübergreifender Unterricht, eigenständiges Konzept für Grundkurse

Die KMK hat seit 1995 fächerübergreifenden und fächerverbindenden Unterricht ausdrücklich als Ziel und Aufgabe der gymnasialen Oberstufe in ihre Vereinbarung aufgenommen. Die novellierten Richtlinien/Lehrpläne der Länder machen in allgemeiner Form entsprechende Vorgaben. Die Umsetzung hingegen ist zögerlich und die Unterstützung für die Schulen dabei gering. Ein fächerübergreifender Unterricht erlaubt es, verschiedene fachwissenschaftliche Perspektiven kennen zu lernen, zu thematisieren und zu reflektieren. Er eröffnet auch die Möglichkeit, eine Brücke zur Berufs- und Arbeitswelt zu schlagen.

In der gymnasialen Oberstufe müssen die strukturellen Voraussetzungen für fächerübergreifendes Lernen geschaffen werden, so dass jeder junge Mensch in der Oberstufe mehrfach die Gelegenheit bekommt, an interdisziplinären Fragestellungen zu arbeiten. Im Besonderen könnte die von der Expertenkommission der KMK eingeforderte Dialektik von Leistungs- und Grundkursen dadurch entfaltet werden, dass für die Grundkurse ein eigenständiges Konzept entwickelt wird. Grundkurse könnten sich an einem Aufgabenfeld orientieren und unter interdisziplinären Gesichtspunkten gestaltet werden. Ebenso ließen sich die Erfahrungen von Profileroberstufen¹ nutzen, die durch absichtsvolle Kombination von Kursen fächerübergreifende Bildungsschwerpunkte entwickelt haben.

Derzeit steht noch eine Vielzahl von mehr oder meist weniger klar ausgeprägten Formen interdisziplinären Lernens nebeneinander. Überzeugende didaktische Konzepte gibt es erst in Ansätzen. Diese müssten untereinander in ihrer Leistungsfähigkeit überprüft und weiterentwickelt werden.

Oberstufen spezifische Lehr- und Lernformen

Die gymnasiale Oberstufe muss sich in ihrer Gelenkfunktion zwischen Schule und Hochschule bzw. Beruf in ihren Lehr- und Lernformen von der Sekundarstufe I unterscheiden. Oberstufen spezifisches Lernen – individuell und in Gruppen – hat selbständiges Lernen zum Ziel. Nach wie vor wird der Unterricht auch in der gymnasialen Oberstufe von frontaler Instruktion dominiert.

Entwicklungsanreize gehen zur Zeit von den Möglichkeiten der neuen Medien und den damit verbundenen Modellversuchen wie SelMa und SelGO aus. Weitere Formen, die im Hinblick auf selbständiges Lernen weiterzuentwickeln wären, sind der Seminarkurs, die Durchführung von Projekten und Praktika.

Orientierung auf Berufs- und Arbeitswelt

Gymnasiale Oberstufen haben die Verpflichtung, jungen Erwachsenen eine Orientierung im Hinblick auf die Arbeitswelt, Berufswahl- und Studienmöglichkeiten zu geben. Berufsorientierung, gekoppelt mit obligatorischen Praktika in enger Verzahnung mit der Berufsberatung sollten zum festen Bestandteil der gymnasialen Oberstufe gehören. Dazu ist es notwendig, Konzepte der Lehrerfortbildung zu entwickeln, die sich beispielsweise an der inzwischen eingestellten Fortbildung in Arbeitslehre in Hessen orientieren könnten.

¹ Unter dem Begriff „Profileroberstufe“ wird hier das von der Max-Brauer-Schule in Hamburg entwickelte Konzept verstanden, das überwiegend in Nordrhein-Westfalen von nicht wenigen Schulen, insbesondere Gesamtschulen freiwillig übernommen und an die lokalen Bedingungen adaptiert wurde.

Neue Formen von Leistungsnachweisen

Die derzeitige Monotonie der anerkannten Prüfungsformen während der gesamten Oberstufe und im Abitur, dominiert von Klausuren, steht in starkem Missverhältnis zur Vielfalt von Lern- und Leistungsformen, die zu kultivieren sind, wenn selbständiges Lernen (mit oder ohne die neuen Medien, in Gruppen oder individuell), Projektformen, Praktika, fächerübergreifender Unterricht ausgebaut werden sollen.

Ebenso steht die Dominanz von Noten im Widerspruch zu dem großen Gewicht, das für die Förderung selbständigen Lernens, aber auch für die Ausbildung von Schlüsselqualifikationen entwickelter Selbstbewertung und differenzierter Rückmeldung zukommt. Neue Formen von Leistungsmessung zu entwickeln ist deshalb unabdingbar. Eine sinnvolle Form der Bewertung könnte z.B. die Erstellung eines Portfolios sein.

Solange Abiturnoten eine solche Bedeutung für den Hochschulzugang und andere Berechtigungen haben, wird die Forderung nach einer Vergleichbarkeit von Abschlüssen von Bedeutung sein. Dieser Aufgabe muss sich die KMK stellen.

Konzepte für kleine Oberstufen entwickeln

Für kleine Oberstufen, wie sie insbesondere an Gesamtschulen und im ländlichen Raum anzutreffen sind, und derzeit in großem Umfang in den östlichen Bundesländern entstehen², müssen Konzepte entwickelt werden, die Schülerinnen und Schüler nicht dadurch benachteiligen, dass Schulen nur noch ein sehr eingeschränktes und eher zufälliges Angebot von Fächern zur Wahl stellen können.

Die Schließung von Standorten bzw. die Gründung von Oberstufenzentren ist in Flächenstaaten und im ländlichen Raum nur bedingt sinnvoll, da sie für viele Schülerinnen und Schüler den Schulweg in unzumutbarer Weise verlängern.

Da wo es nicht möglich ist, mit nahe gelegenen Oberstufen zu kooperieren und eine Einschränkung der Wahlfreiheit unumgänglich ist, müssen Schülerinnen und Schülern kleiner Oberstufen dennoch eine sinnvolle Auswahl haben. Die Max-Brauer-Schule in Hamburg und eine Reihe von Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen haben „Profiloberstufen“ erprobt, die unter Einschränkung der Wahlfreiheit Schwerpunkte anbieten, die sich an zentralen gesellschaftlichen Fragestellungen orientieren wie z.B. Sprache und Kultur, Technik und Gesellschaft.

Die Bildungskommission NRW³ schlägt vor, die Wahlmöglichkeit nicht einzuschränken: „Die individuelle Profilbildung soll nicht an die Größe und das Zustandekommen von Lerngruppen gebunden sein, sondern durch verbindliche Vereinbarungen und Betreuungsabprachen zwischen Schulen und Lernenden abgesichert werden können. Damit würden auch die Differenzierungsmöglichkeiten an kleinen Oberstufen erheblich erweitert. Die Einbeziehung neuer Fächer und Inhaltsbereiche wird möglich, weil sie nicht an Gruppengrößen gebunden sind.“

6. Entwicklungsaufgabe: höchst möglicher Bildungsabschluss für alle

In Deutschland erreichen 42% eines Altersjahrgangs eine Zulassungsberechtigung für eine Hochschule, 32% beginnen ein Studium. Die Bildungsbeteiligung liegt damit weit unter dem OECD-Durchschnitt (2003: 57%/47%)⁴.

PISA hat deutlich gemacht, dass im gegliederten deutschen Bildungswesen wesentlich die soziale Herkunft den Zugang zu Bildung bestimmt.

Dies kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass die Lehr- und Lernmethoden – insbesondere an traditionellen Gymnasien – an jungen Menschen aus der bildungsorientierten Mittelschicht ausgerichtet sind, die von den Elternhäusern beraten und materiell unterstützt werden.

² Zunehmend werden allerdings insbesondere an mittel- und ostdeutschen Gymnasien kleine Oberstufen geschlossen.

³ Bildungskommission NRW, Zukunft der Bildung, Schule der Zukunft: Denkschrift der Kommission „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“ beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Neuwied; Kriftel; Berlin: Luchterhand, 1995, S. 242

⁴ Andreas Schleicher, Bildung auf einen Blick 2003, OECD briefing notes for Germany

Damit wird die soziale Segregation, die auf allen Stufen des Bildungswesens besteht, in der gymnasialen Oberstufe fortgesetzt. Es ist Aufgabe aller Stufen des Bildungswesens, Benachteiligungen abzubauen und dafür Sorge zu tragen, dass allen jungen Menschen ein höchst möglicher Bildungsabschluss offen steht.

Der vergleichsweise geringen Bildungsbeteiligung steht darüber hinaus die allgemeine Entwicklung auf dem Akademikerkmarkt gegenüber. Der BLK-Bericht „Zukunft von Bildung und Arbeit“ (2002) weist auf einen langfristigen hohen Bedarf an Fachkräften mit Hochschulabschluss hin, dem in den nächsten beiden Jahrzehnten geburtschwache Jahrgänge und ein verstärktes Ausscheiden älterer Menschen gegenüber stehen. Ohne eine massive Expansion der Bildungsbeteiligung ist ab 2010 mit einer demographisch bedingten Abnahme der Studierenden um ca. 30% zu rechnen.

Entscheidungen im Hinblick auf eine Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe sind daran zu messen, inwieweit sie zu einer Erhöhung der Bildungsbeteiligung und zur Qualitätsentwicklung beitragen.

Aufgrund empirischer Befunde und der Erfahrungen aus den skandinavischen Ländern geht die GEW davon aus, dass eine Erhöhung der Quote von jungen Menschen mit einer Hochschulzugangsberechtigung ohne Qualitätsverlust möglich ist, wenn die Lernprozesse stärker individualisiert und die Zugangsmöglichkeiten zur gymnasialen Oberstufe, insbesondere durch den Ausbau von Lernwegen außerhalb der traditionellen Oberstufe verbessert werden.

Unter den vorgenannten Aspekten stehen folgende Bereiche vorrangig zur Weiterentwicklung an:

Individualisierung und differenzierte Förderung

Bezüglich der sozialen und kulturellen Herkunft, der Lernvoraussetzungen und Lebensentwürfe hat die Heterogenität der Lernvoraussetzungen in der gymnasialen Oberstufe abhängig vom Milieu des jeweiligen Einzugsbereiches schon jetzt zugenommen.

Heterogen zusammengesetzte Schülergruppen erfordern einen an innerer Differenzierung ausgerichteten Unterricht sowie weitgehende Wahlmöglichkeiten nach Interesse und Eignung und nicht ein aus Kapazitätsgründen vermindertes Angebot mit stark einengenden Belegvorschriften.

Damit wäre auch eine bessere Förderung und Forderung besonders befähigter Schülerinnen und Schüler gegeben, die besondere Eliteschulen überflüssig machen: solche Schülerinnen und Schüler könnten zusätzliche Leistungs-, wie Sprachkurse belegen, vielseitige Arbeitsgemeinschaften angeboten bekommen oder sich auch selbst bilden dürfen. Jegliche Form von Individualisierung - auch unter Einbeziehung von Neuen Medien und e-Learning – wie besondere Lernleistungen, individuelle Projekte, Praxisphasen und Lernkontrakte könnten genutzt werden.

Darüber hinaus ist es notwendig, Fördermaßnahmen anzubieten, weiterzuentwickeln und zu erproben. Sie sollen es insbesondere Quereinsteigern aus anderen Schularten oder Jugendliche mit Migrationshintergrund ermöglichen, etwaige Schwächen, besonders in Mathematik, Deutsch und Englisch auszugleichen. Dies gilt insbesondere in der Übergangsphase zur gymnasialen Oberstufe vor dem Hintergrund verkürzter Schulzeiten in der Sek. I.

Zugang zur gymnasialen Oberstufe erweitern

Da es nur wenige, mit inhaltlichen und methodischen Hürden verbundene Möglichkeiten des Quereinstiegs ins Gymnasium bzw. die Oberstufe am Gymnasium gibt, legt bereits die Zuweisungsentscheidung zu Beginn der gymnasialen Schulzeit weitgehend fest, wer später im Gymnasium eine Oberstufe besuchen kann.

Um auch im gegliederten Bildungswesen allen Jugendlichen einen Zugang zur gymnasialen Oberstufe zu ermöglichen, ist es notwendig, dass in allen Bundesländern an allen Schularten ein mittlerer Abschluss erworben werden kann, der zum Zugang zur gymnasialen Oberstufe, berechtigt.

Insbesondere für Jugendliche, die nicht das Gymnasium oder die Gesamtschule besuchen, ist der Erwerb der Hochschulreife an einem beruflichen Gymnasium sehr attraktiv. 1997 erwarben 89% der Absolvent/innen die allgemeine Hochschulreife an einer allgemeinbildenden

gymnasialen Oberstufe (davon 6% an einer integrierten Gesamtschule) und 11% an berufsbildenden Schulen.

Erweiterung der Wege zur Hochschulreife

Neben der gymnasialen Oberstufe gibt es in Deutschland eine Vielfalt von weiteren vollzeitschulischen oder berufsbegleitenden Bildungsgängen an beruflichen Schulen und den Einrichtungen des zweiten Bildungsweges (Abendgymnasien, Kollegs), die zur allgemeinen, zum Teil auch zur fachgebundenen Hochschulreife bzw. zur Fachhochschulreife führen. Weiter ist die Hochschulreife im Rahmen von Fernunterricht zu erlangen.

Die Vielfalt dieser Bildungsgänge muss erhalten und ausgebaut werden.

Der Hochschulzugang sollte darüber hinaus für Absolventen einer beruflichen Ausbildung geöffnet werden. Die neugeordneten Berufsausbildungsgänge z.B. bieten eine gute Grundlage für einen Zugang zur Hochschule über die Berufsbildung.

In diesem Zusammenhang soll auf die vielfältigen Wege hingewiesen werden, die in der DDR den Zugang zum Hochschulstudium außerhalb der damaligen Erweiterten Oberschule (EOS) in Verbindung mit dem Erwerb eines Berufes ermöglicht haben. Hier sind Erfahrungen vorhanden, auf die zurückgegriffen werden kann.

Mit der Erweiterung der zur Hochschule führenden Ausbildungsgänge und Fächer könnte auch das Spektrum der individuellen Wahlmöglichkeiten, das zur Zeit eingeengt zu werden droht, wieder verbreitert werden. Zugleich könnten Jugendliche mit Vorbildungen, Orientierungen und Fähigkeiten, die in der etablierten gymnasialen Oberstufe nicht genügend angesprochen werden, einen passenden Weg der Weiterqualifizierung bis zur Hochschulreife für sich finden.

7. Entwicklungsaufgabe: Verhältnis von beruflicher und allgemeiner Bildung klären

Die Dichotomie von allgemeiner *und* beruflicher Bildung beruht auf einem überkommenen Gesellschaftsbild, das berufliche Bildung als „niedere“ abwertete. Allgemeine Bildung war immer auch eine berufliche, nämlich die für „höhere“ Berufe. In einer Zeit, in der Lebensentwürfe offen sind, reicht eine Betonung der „Gleichwertigkeit“ von beruflicher und allgemeiner Bildung, wie sie in den KMK-Vereinbarungen zu finden ist, nicht aus. Ein neues Verständnis von beruflicher und allgemeiner Bildung ist eine bildungspolitische Notwendigkeit.

Modelle an den „allgemein bildenden“ Schulen gehen über eine Berufswahlvorbereitung bzw. Berufsorientierung kaum hinaus.

Demgegenüber enthält die an beruflichen Schulen angesiedelte gymnasiale Oberstufe dadurch, dass sie „berufliche“ und „allgemeinbildende“ Fächer kombiniert, das Potential zu einer Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe.

Ein erster Schritt der Annäherung der beiden Systeme könnte darin bestehen, dass Gymnasien Elemente aus dem beruflichen Bereich übernehmen. Dazu gehören auch verpflichtende berufsbezogene Praktika.

Es ist dringend geboten, neue Modelle für eine Oberstufe, die die gymnasialen und beruflichen Bildungsgänge der Sek. II zusammenführen und eine Profilbildung ermöglichen, zu entwickeln. Ein erster Schritt wäre eine Bestandsaufnahme und Bewertung erprobter aber auch visionärer Modelle. Zu nennen sind die Vorschläge von Evers für ein „Neues Gymnasium“ (1969)⁵, die Vorschläge des Bildungsgesamtplans der BLK (1973)⁶, die schwedische Oberstufe und Erfahrungen aus der DDR, insbesondere aber das Modell der Kollegschulen.

⁵zitiert in: Ludwig Huber, Die Gesamtschul-Oberstufe, in: Hans-Georg Herrlitz, Hans Georg Weiland, Klaus Winkel, Die Gesamtschule, Grundagentexte Pädagogik, Weinheim, München: Juventa 2003

⁶ ebd. S. 254

8. Erwartungen an Lehrende

Heterogenität zur Kenntnis nehmen

Lehrende müssen sich auf die zunehmende Heterogenität von Lerngruppen einstellen und sich mit den spezifischen Bildungsvoraussetzungen ihrer Schülerinnen und Schüler auseinandersetzen.

Voraussetzung für eine Arbeit in heterogenen Lerngruppen ist eine Erhöhung der Fähigkeit und Bereitschaft der Lehrerinnen und Lehrer für den Umgang mit dieser Heterogenität, ihrer diagnostischen Fähigkeiten und ihrer methodischen Kompetenz für innere Differenzierung.

Um den Anforderungen an Förderung gerecht zu werden, wäre ein Ganztagesangebot auch für die gymnasiale Oberstufe angebracht.

Erweitertes Methodenrepertoire und Beratungsaufgaben

Wenn die gymnasiale Oberstufe im Sinne der oben ausgeführten Individualisierung weiterentwickelt wird, hat dies zur Folge, dass Lernende weitaus mehr Verantwortung für ihren Lernprozess übernehmen als bisher. Das setzt aber auch voraus, dass sie von der Institution dabei unterstützt werden.

Für Lehrende bedeutet dies, dass sie sich mit neuen Lehr- und Lernmethoden vertraut machen und sich weit mehr als bisher als Berater und Unterstützer von Bildungsprozessen sehen.

Bereitschaft zu interdisziplinärem Arbeiten

Lehrende an der gymnasialen Oberstufe definieren sich in der Regel stark und fast ausschließlich über ihrer Unterrichtsfächer. Dies verhindert fächerübergreifendes Arbeiten. Lehrende sollten in der Lage sein, die Inhalte ihres spezifischen Unterrichtsfaches in einem größeren Zusammenhang wahrzunehmen, und ggf. in der Lage sein, geeignete Kooperationspartner/innen anzusprechen. Es wäre aber auch wünschenswert, wenn an den gymnasialen Oberstufen – wie an anderen Schularten auch – eine zeitweilige Überschreitung der Fächergrenzen akzeptiert und erwartet würde.

9. Rahmenbedingungen

Es dürfte selbstverständlich sein, dass die für eine stärker individualisierte gymnasiale Oberstufe notwendigen Fähigkeiten, insbesondere die der Beratung und Förderung von den Lehrerinnen und Lehrern – quasi nebenbei – nicht erwartet werden kann. Den Rahmen hierfür muss die Institution zur Verfügung stellen, zumal dieser Bereich eigenständige professionelle Kompetenzen voraussetzt.

System der Diagnose und Förderung einrichten

Systeme, die auf die Behebung von Defiziten ausgerichtet sind, sollten den Bildungsprozess von Anfang an begleiten. Angesichts der zu erwartenden heterogenen Leistungsvoraussetzungen sind auch in der gymnasialen Oberstufe - insbesondere in der Eingangsphase - Diagnose- und Förderungsmaßnahmen nötig. Es ist nicht realistisch, diese Aufgabe den Lehrenden der Sekundarstufe I und II allein und zusätzlich zuzumuten. Die entsprechenden Diagnosesysteme lassen sich in das System der Laufbahnberatung integrieren. Für das Aufholen von Rückständen bzw. zusätzlichen Bedarf an Übungsphasen könnten ergänzend selbstständige Arbeitsphasen mit geeigneter Lernsoftware eingesetzt werden.

Laufbahnberatung

In dem Maße, in dem die Vielfalt der Bildungswege zunimmt, müssen junge Erwachsene über die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten beraten werden. Dies betrifft zum einen die unterschiedlichen institutionellen Einrichtungen (gymnasiale Oberstufe, berufliches Gymnasium, Weiterbildungskollegs, Abitur mit Beruf u.a.), zum anderen brauchen die jungen Menschen auch innerhalb der einzelnen schulischen Einrichtung eine Orientierung, was den individuellen Lernprozess angeht.

Um dies zu gewährleisten zu können, muss ein System von Bildungsberatungsstellen eingerichtet werden. Diese müssen nicht unbedingt einer Schule angegliedert sein.

Umgestaltung der Aus- und Fortbildung

Eine Veränderung der gymnasialen Oberstufe im oben skizzierten Sinne bedeutet, dass Lehrerinnen und Lehrer in Ergänzung zu ihren fachlichen Qualifikationen Kompetenzen erwerben müssen wie z.B. im professionellen Umgang mit heterogenen Gruppen, in der Diagnostik oder in der Laufbahnberatung.

Entsprechende Inhalte müssen Teil der Ausbildung werden. Für Lehrende, die bereits im Dienst sind, muss ein qualifiziertes Fortbildungsangebot bereit gestellt werden.

Bildungsausgaben erhöhen

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass der Anteil der Bildungskosten an den staatlichen Gesamtausgaben in Deutschland unter dem internationalen Durchschnitt liegt. Die Steigerungsraten der Bildungsinvestitionen in Deutschland zwischen 1995 und 2000 waren geringer als die Wachstumsraten des Einkommens. Sie liegen insgesamt unter dem Anteil am BIP nord-europäischer Staaten wie Dänemark und Schweden.

Aus Internationalen Vergleichen geht hervor, dass in Deutschland die Primarstufe unterfinanziert ist. Ein Vergleich der Kosten der Sekundarstufe II ist aufgrund der international unterschiedlichen Bedingungen nur schwer möglich. Sie nehmen aber – entgegen der Behauptungen – international keinen Spitzenplatz ein, so dass die Forderung nach einer Umverteilung der Bildungsausgaben zu Lasten der „teuren“ gymnasialen Oberstufe weder sinnvoll noch gerechtfertigt ist.

Die GEW ist der Ansicht, dass sich die Defizite im deutschen Bildungswesen und eine Bildung im Sinne von mehr Chancengleichheit nur durch konsequente Förderung in allen Bildungseinrichtungen und mit adäquaten Bildungsinvestitionen verbessern lassen.

Beschluss Hauptvorstand 05. November 2005